

Die Malaise mit Riester und der Rente

Die Vermögensberater gehen auf die Barrikaden. Die Reformideen der Politik führen zu einer Vollverstaatlichung der Altersvorsorge, warnt Verbandspräsident Helge Lach

von GEORG MECK

Die Altersvorsorge muss reformiert werden. Darin sind sich Politik, Wissenschaft und Finanzbranche einig. Wie das zu geschehen hat, darüber gehen die Meinungen freilich auseinander. Vor einer „Vollverstaatlichung der Altersvorsorge“ warnt etwa Helge Lach, Vorsitzender des Bundesverbands Deutscher Vermögensberater, mit kritischem Blick auf die gerade tagende Fokusgruppe Altersvorsorge im Bundesfinanzministerium. „Die Politik sollte eigentlich nur den Rahmen setzen. Stattdessen zieht sie mehr und mehr alles an sich, was für das Leben der Bürger wichtig ist“, moniert Lach. „Glaubt in Berlin noch irgendjemand an die soziale Marktwirtschaft?“, so seine provozierende Frage. „Kann der Staat wirklich alles besser?“ Drei Themen verdienen in dem Zusammenhang aus seiner Sicht besondere Beachtung:

■ **Streitpunkt Nummer eins:** die Aktienrente. Als Ergänzung zum gegenwärtigen Umlageverfahren will Finanzminister Christian Lindner (FDP) ein „Generationenkapital“ aufbauen. Zehn Milliarden Euro soll der Staat zum Start einzahlen. Die Erträge darauf sollen die Rentenkassen entlasten. „Grundsätzlich eine gute Idee“, sagt dazu Helge Lach. Nur mit einem Haken: „Die Beträge reichen hinten und vorne nicht. Die Rendite aus zehn Milliarden ist ein Witz, wenn es um eine Finanzierungshilfe für die Renten der geburtenstarken Jahrgänge geht.“ Nach seinen Worten wären dreistellige Milliardenbeträge nötig. Nur woher das Geld nehmen, wenn der Finanzminister schon Mühe hat, einen auch nur halbwegs soliden Haushalt aufzustellen. „Die Politik könnte das Vermögen des Bundes wie Telekom- oder Commerzbank-Aktien einbringen sowie den Rentenbeitrag geringfügig erhöhen, um diese Mittel abzuzweigen“, schlägt Lach vor. Der Handlungsdruck in Sachen Rente jedenfalls ist gewaltig. Jetzt schon braucht die Rentenkasse 100 Milliarden Euro im Jahr als Zuschuss vom Steuerzahler, da das Umlageverfahren an Grenzen stößt: Wenn immer weniger junge Leute für immer mehr Rentner aufkommen müssen, geht die Rechnung nicht mehr auf. Und wenn die Boomer-Generation sich nach

und nach aus dem Erwerbsleben verabschiedet, schnappt die demografische Falle endgültig zu. „Ändert sich nichts am System, gehen laut wissenschaftlichen Prognosen in einigen Jahren über 50 Prozent des Bundeshaushalts für die Sozialversicherung drauf. Damit wäre der Staat in anderen Bereichen handlungsunfähig“, mahnt Lach. Höchste Zeit also, eine neue Säule einzuziehen. „Es ist eine gute Idee, den Kapitalmarkt für die Diversifizierung der Finanzierung der Renten zu nutzen, wo auf längere Frist 6 bis 8 Prozent Rendite zu holen sind“, lobt Lach. Problematisch sei allerdings die beabsichtigte Finanzierung: Nimmt der Staat zu diesem Zweck Schulden auf, schmälert das die Rendite der Aktienanlage um die für Bundesanleihen zu zahlenden Zinsen. Je höher die sind, desto geringer folglich der heilsame Effekt der Aktienrente. „Wenn die Zinsen für die Anleihen steigen, frisst das die Rendite der Aktienrente weg.“

■ **Streitpunkt Nummer zwei** ist ein Lieblingsprojekt der Grünen aus dem Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung: die Einführung eines, so wörtlich, „staatlich verantworteten Fonds“ für die private Altersvorsorge. „Das läuft auf eine Entmündigung der Bürger hinaus und bringt private Anbieter ins Hintertreffen“, schimpft Helge Lach, der mit Hinweis auf ein beabsichtigtes „Opt-out“ keine Zweifel daran hat, dass der Fonds für die Bürger obligatorisch wird. „Damit verliert die Finanzbranche ihr Brot- und Buttergeschäft und wird aus der privaten Altersvorsorge gedrängt.“

■ **Streitpunkt Nummer drei** schließlich ist das leidige Thema Riester-Rente, aus der sich die meisten Anbieter verabschiedet haben. Die staatlich geförderte Riester-Rente sei nicht mehr zu retten, trotz der 16 Millionen laufenden Verträge, so eine weit verbreitete Ansicht. Dem widerspricht Lach, er fordert aber eine „zügige und knackige“ Reform: „Die Politik hat mit Riester ein Bürokratiemonster geschaffen. Die Verwaltungskosten sind doppelt so hoch wie bei einer normalen Lebensversicherung. Dafür ist nicht die Finanzindustrie verantwortlich, sondern die Politik.“ Außerdem verhindere die vorgeschriebene 100-Prozent-Beitragsgarantie höher rentierliche Anlagen: „Der Riester-Kunde sollte die Freiheit erhalten, sich für Tarife mit Renditechance zu entscheiden, auch wenn dann die Beiträge nicht mehr zu 100 Prozent garantiert wären. Im jetzigen System verhindert die staatliche Regulierung eine solche Chance.“ ■



HELGE LACH,
Vorsitzender des
Bundesverbands
Deutscher Vermögens-
berater